AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 08.01.2026 | Marcus Schneider

Mehr als ein bisschen Schnee

Trumps Griff nach Grönland sprengt den Nachkriegskonsens. Will Europa dem US-Präsidenten Paroli bieten, muss es endlich die Sprache der Macht lernen.

„Die paar Morgen Schnee“ – so verächtlich äußerte sich einst Voltaire zum Verlust der französischen Besitzungen in Nordamerika infolge des Siebenjährigen Krieges. Hätte Frankreich den Kampf um die Gebiete östlich des Mississippi gewonnen, wäre die Weltgeschichte mit einiger Wahrscheinlichkeit ganz anders verlaufen. Die weltbewegende Französische Revolution hätte es womöglich nie gegeben, die Vereinigten Staaten von Amerika als anglophonen Welthegemon ebenfalls nicht. Die Welt spräche heute primär französisch.

Auch heute mag es oberflächlich nur um ein paar Brocken Schnee und Eis gehen. Mit einer Bevölkerung von gerade einmal 60 000 Seelen. Und doch könnte es erneut eine Zäsur für die Weltgeschichte sein: das endgültige Ende des Nachkriegskonsenses, der Grenzverschiebungen ächtete und dem territorialen Hunger der Großmächte einen Riegel vorschob. Von einem Ende imperialer Bestrebungen konnte freilich keine Rede sein, doch die Grenzen, die sich nach 1945 und der Entkolonialisierung etablierten, erwiesen sich als erstaunlich langlebig. Wo Vielvölkerreiche kollabierten, vollzog sich die territoriale Neuordnung in aller Regel entlang bestehender Verwaltungsgrenzen.

Klar, dass auch andere Kategorien durchaus eine Rolle spielten, davon zeugten etwa die serbischen Kriege im ehemaligen Jugoslawien sowie seit 2014 beziehungsweise 2022 der russische Krieg gegen die Ukraine. Sie blieben jedoch Ausnahmen von der Regel – und wurden international größtenteils geächtet.

Gegen den Landhunger Saddam Husseins bildete sich 1990/91 eine globale Koalition, die israelischen Annexionen Ostjerusalems und der syrischen Golanhöhen werden selbst von den allermeisten Verbündeten des jüdischen Staates abgelehnt. Viele Staaten, wenn auch keine Mehrheit mehr, erkennen bis heute die Abspaltung des einst serbischen Kosovo

nicht an. Nun aber greifen die USA unter Trump ganz unverhohlen nach Grönland. „Aus Gründen der nationalen Sicherheit“ – was lächerlich ist angesichts der Tatsache, dass die amerikanische Welt- und NATO-Vormacht dort schon heute militärisch schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. Wenn wir uns ehrlich machen, führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Es geht Trump um reine Machtpolitik, um die Stillung von Landhunger und um Prestigegewinn. Imperialismus, als Social-Media-Operette vielleicht, aber dennoch in seiner Reinform.

„Mit welchem Recht“ übe denn Dänemark Kontrolle über Grönland aus, fragt rhetorisch Stephen Miller, Chefberater des US-Präsidenten und dessen ideologischer Kettenhund. Eine fadenscheinige Frage, denn welche Grenze ist schon hundertprozentig legitim? Man nenne den Staat, der historisch nicht auch auf Raub, Mord und Vertreibung beruhte. Ohne Landraub und Massaker gäbe es die Vereinigten Staaten nicht, doch das ist alles andere als ihr Alleinstellungsmerkmal. Der Konsens nach 1945 bestand darin, dass die erneute Infragestellung von Grenzen, selbst dort, wo sie nicht immer legitim waren, kein vergangenes Leid heilen, sondern millionenfach neues produzieren würde. Die Grenzen Grönlands sind Sache der Grönländer selbst, und der Dänen im gemeinsamen Königreich. Niemand von Belang hat dort den Wunsch geäußert, daran etwas zu ändern.

Wenn Trump wirklich will, dann ist Grönland seins.

Immer panischer werden indessen die Hilferufe aus Kopenhagen. Die sozialdemokratische Ministerpräsidentin appelliert mit nie dagewesener Inbrunst an die Adresse Washingtons „seine Drohungen gegen einen historisch engen Alliierten“ zu unterlassen. Denn militärisch ist klar, dass das 6-Millionen-Königreich nicht den Hauch einer Chance hätte gegen die mächtigste Militärmaschine der Weltgeschichte. Wenn Trump wirklich will, dann ist Grönland seins.

Es geht also mit hoher Wahrscheinlichkeit nur noch um den Preis. Der könnte abschreckend hoch sein – nicht jedoch, wenn das kleine Dänemark allein gelassen wird. Europa selbst müsste sich aufraffen, die neue Realität in Washington endlich anzuerkennen. Noch agiert man nach dem Motto „was nicht sein darf, kann auch nicht sein“. Der Erratiker-*in-Chief* im Weißen Haus soll irgendwie zufrieden gestellt werden. Demutsgeste reiht sich ans Demutsgeste, inklusive peinlicher Fotos vom gemeinsamen Antanzen bei „Daddy“.

Mit Erstaunen nimmt die Restwelt zur Kenntnis, zu welcher

Selbsterniedrigung die einstigen Herren der Welt mittlerweile in der Lage sind. Da kann aus Washington noch so offen signalisiert werden, dass man Europa für quasi degeneriert hält und auf dem Weg in den „zivilisatorischen Selbstmord“ sieht, der Transatlantismus ist dermaßen tief in den Hirnwindungen der politischen Eliten verankert, dass bislang jede Debatte über „europäische Souveränität“ folgenlos blieb.

Es ist gerade die Angst, die Führungsnation USA zu verlieren, die die Europäer daran hindert, aktiv an der eigenen Unabhängigkeit zu arbeiten. Diese Angst treibt sie immer tiefer in sicherheitspolitische Abhängigkeit, inklusive milliardenschwerer Aufträge für die US-Rüstungsindustrie, die Europas Armeen auf Jahrzehnte an Washington ketten. Wenn die Vormacht sich jedoch zur Bedrohung auswächst, gar politische und territoriale Gelüste gegen Europa hegt, ergibt ein Militärbündnis, das Europa militärisch an Washington bindet, keinen Sinn mehr. Es sei denn, Selbstmord ist tatsächlich das Ziel.

Die Feigheit, mit der noch jede Volte aus Übersee wider besseren Wissens und eigener Interessen gelobt wird, jeder offensichtliche Völkerrechtsbruch als notwendige „Drecksarbeit“ oder als „komplex“ verklärt wird, ist keine realpolitische Notwendigkeit aus Anerkennung eigener Schwäche. Sie unterminiert aktiv die Prinzipien, die Grundlage der eigenen Existenz sind.

Es ist die Angst vor Russland, die uns an das irrlichternde Amerika kettet.

Zur Erinnerung: Hier wird ein NATO-Verbündeter bedroht. Es mag sich nicht so anfühlen, doch das hat eine andere Qualität als die angegriffene Ukraine, mit der Deutschland weder eine gemeinsame NATO- noch EU-Mitgliedschaft teilt. Die Prinzipien jedoch, um die es geht, sind dieselben: Souveränität, territoriale Integrität, das Verbot von Landraub und Grenzverschiebungen. Wie sollen diese Prinzipien in der Ukraine verteidigt werden, wenn der eigene Hauptverbündete sie aushöhlt und gegen uns wendet?

Es ist die Angst vor Russland, die uns an das irrlichternde Amerika kettet. Eine realistische Einschätzung der machtpolitischen Gewichte muss jedoch zu dem Schluss kommen, dass Russlands Expansionsdrang enge Grenzen gesetzt sind. Die Armee, die seit fast vier Jahren im Donezker Schlamm festhängt, wird kaum morgen nach Warschau oder Berlin marschieren. Ökonomisch bleibt Russland eine *quantité négligeable*. Auch ideologisch hat Putin ein solches Ziel nie ausgegeben. Ihm geht es um die Wiederherstellung der dreieinigen slawischen Nation. Die

Bedrohung für die Ukraine ist real, in der Theorie auch jene für Belarus.

Amerika jedoch verfügt über weitreichendere Fähigkeiten und Ziele. In Washington hat man die Vorherrschaft über die gesamte westliche Hemisphäre im Blick. Qualitativ ist dies nichts anderes als Russlands Dominanzanspruch über das postsowjetische „nahe Ausland". Das Selbstbestimmungsrecht der Lateinamerikaner zählt dabei wenig. Allerdings artikulieren diese ihren Widerspruch deutlich entschlossener. Anders als die in Schreckstarre verharrenden Europäer sind sie keineswegs bereit zur Selbstvasallisierung.

„Niemand kann uns stoppen", kommentiert Trump die Entführung des venezolanischen Potentaten. Dass nach Grönland Schluss wäre, ist damit keineswegs ausgemacht. Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Lang und breit hat der Präsident sich bereits über Kanada ausgelassen, in seinen Augen „der 51. Staat". Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, dass das derzeit noch flächengrößte Land Nordamerikas nach einer Annexion Grönlands von drei Seiten eingekreist wäre.

Den Gedanken an eine nahezu vollständige amerikanische Herrschaft über den nordamerikanischen Kontinent hat Trump nicht erfunden. Das Manifest Destiny war nie durch den 49. Breitengrad begrenzt, entlang dessen größtenteils die amerikanisch-kanadische Grenze verläuft. Trump stillt hier Gelüste, die seit Langem existieren. Einer imperialen Logik folgend, wäre Kanada durchaus „schluckbar" für die zehnmal größeren Vereinigten Staaten. Bevölkerungstechnisch, kulturell und historisch ist die Ukraine für Russland ein weitaus größerer Bissen, als Kanada es für die USA wäre.

Trump spricht die Sprache der Macht, genau diese Sprache sollten endlich auch die Europäer lernen.

„Die paar Morgen" grönländischen Schnees öffnen somit die Büchse der Pandora für weitreichendere Veränderungen. Nicht nur würde damit der russische Griff nach der Ukraine im Nachhinein legitimiert. Die gesamte regelbasierte Ordnung – selbst in ihrem Minimalkonsens gegen Grenzveränderungen und Angriffskriege – wäre passé. Heraus käme das, was Marc Saxer die „Wolfswelt" nennt: eine Ordnung, in der jeder Staat sich selbst der Nächste ist. Die Periode 1945–2025 wäre ein Intermezzo gewesen, nennen wir es die UN-Ordnung. Vorher wie nachher wäre die herkömmliche *Un-Ordnung* wieder maßgebend, nachher freilich mit dem Special Feature atomarer Bewaffnung, deren Attraktivität

> exponentiell zunähme für jedes Land, das sich nicht auf der Speisekarte anderer wiederfinden möchte. Wie lange das gutginge, vermag niemand zu sagen. Die Annahme, Europa würde davon verschont bleiben, ist illusorisch.

Noch ist dieser Abgrund der Dystopie nicht vollständig Realität. Er ist jedoch auch keine völlig irre Zukunftsvision mehr – wie man vor Jahresfrist noch hätte argumentieren müssen. *Anything goes* wird zunehmend zum Motto der geopolitischen Gegenwart. Als letzter Fels in der Brandung steht dagegen die EU, das Geschöpf schlechthin der untergehenden regelbasierten Ordnung.

Deren Mitglieder müssen sich aus ihrer Angststarre lösen. Trump spricht die Sprache der Macht, genau diese Sprache sollten endlich auch die Europäer lernen. Es gilt, den Preis für ein US-Vorgehen gegen das dänische Grönland hochzutreiben. Bereits vor Jahresfrist hatte Paris die Idee gemeinsamer Truppen auf der Insel ins Spiel gebracht. Die Reaktion aus Berlin und London? Ablehnung. Dabei ist genau das der Weg, den man einschlagen sollte: Washington klarzumachen, dass jede Bewegung gegen Grönland auch eine gegen Deutschland, Großbritannien, Frankreich – möglicherweise auch Polen und Italien – wäre. „Einer für alle, und alle für einen. Sonst sind wir erledigt“, twittert der polnische Premier Donald Tusk in Anspielung auf Europa.

Jeremy Cliffe vom Thinktank *European Council on Foreign Relations* rät zu „Zöllen, Steuern und Verboten von US-Firmen“, zum Ausverkauf von US-Staatsanleihen sowie zur Schließung amerikanischer Militärbasen. Es gibt durchaus Machtmittel jenseits rein performativer Twitter-Solidarität mit Dänemark. Dabei geht es weniger darum, dass all dies zwingend umgesetzt werden müsste. Der bloße Blick in den europäischen Giftschrank könnte bereits ausreichen, um die volatile Debatte in Washington zu beeinflussen. China und Brasilien haben gezeigt, dass man Trump am erfolgreichsten begegnet, wenn man sich nicht ins Bockshorn jagen lässt. Letztlich ist er kein Putin mit eisernem Willen, kein Ideologe, sondern ein Dealmaker. Show-off, nicht Ausdauer, ist seine Marke.

All dies erfordert allerdings, dass Europa die Bedrohung ernst nimmt und seine Machtmittel (sowie deren Erweiterung) jetzt evaluiert. Das Abdriften Amerikas verlangt mehr denn je nach europäischer Unabhängigkeit und Souveränität. Zu hoffen bleibt, dass die Weichen dafür jetzt gestellt werden, solange der Dannebrog noch über Grönland weht und nicht erst dann, wenn er eingeholt worden ist.



Marcus Schneider
Beirut

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

-